

Generalsekretär Peter Hintze:

Koalition der Mitte oder rot-grüner Irrgarten

Der Wahlkampfauftakt der Sozialdemokraten macht jedem unmißverständlich klar, daß es am 16. Oktober um eine Richtungsentscheidung geht. Die Alternative lautet: Weiter aufwärts mit der Koalition der Mitte oder hinein in den Irrgarten rot-grüner Politik.

Was von der SPD droht, ist klar: eine 10prozentige Neidsteuer für die sogenannten Besserverdienenden ab 50.000 DM Jahreseinkommen, eine Lähmung der Aufschwungkräfte unserer Wirtschaft sowie als Morgengabe an die Grünen eine Verschleppung des Verbrechensbekämpfungsgesetzes. Und seit Magdeburg wissen wir: Scharping schreckt nicht einmal davor zurück, die SPD von der kommunistischen PDS abhängig zu machen.

Der SPD-Wechsel wird platzen

Die SPD-Rechnung wird nicht aufgehen: Die vielen Versprechungen im Wahlfüllhorn der SPD reißen eine milliardenschwere Deckungslücke auf. Soll diese Lücke durch 5 DM pro Liter Benzin bezahlt werden? Als besondere finanzpolitische Gruselnummer ist der Angriff auf unser Banken- und Sparkassensystem zu bewerten. Die SPD will offensichtlich den gläsernen Sparer, um sich weitere Zugriffsmöglichkeiten in die Taschen des kleinen Mannes zu verschaffen.

Der von SPD, Grünen und PDS propagierte Wechsel wird am Wahltag platzen. ■

HEUTE AKTUELL

- **13. August**
Bundeskanzler Helmut Kohl:
Die Erinnerung an den Bau der Mauer ist eine Mahnung an alle Deutschen. Seite 2
- **Rot-Grün**
Was anderswo passieren könnte, wenn Magdeburg zum Modell würde. Seite 3
- **Beschäftigung**
Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Seite 9
- **Kommunalpolitik**
Aktionsprogramm 1994/95:
Kommunale Selbstverwaltung stärken. Seite 32
- **Peter Hintze**
Über die Zukunft der Parteien.
Aus dem Vortrag auf der EDS-Konferenz in Greifswald. S. 36
- **Dokumentation**
Mit flexiblen Strukturen die Zukunft gewinnen. Postreform II. Grüner Teil

Entscheidung '94

Werbemittel-Katalog „Bundes-tagswahl“. Seite 17—28

Erinnerung an den Bau der Mauer ist eine Mahnung an alle Deutschen

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. August zum Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

Vor 33 Jahren, am 13. August 1961, errichteten die SED-Machthaber die Berliner Mauer. Dieses schändliche Bauwerk wurde schon bald in aller Welt zum Symbol der widernatürlichen Teilung Deutschlands und Europas. Mauer und Schießbefehl waren gleichzeitig sichtbarster Ausdruck des verbrecherischen und menschenverachtenden Charakters der kommunistischen Diktatur. Zahllose Familien wurden über 28 Jahre lang gewaltsam durch die Mauer getrennt.

Wir trauern um mehrere hundert Deutsche aus dem Osten unseres Vaterlandes, die ihr Leben bei dem Versuch verloren, über die trennende Mauer hinweg in den freien Teil Deutschlands zu gelangen. Unzählige bezahlten den Wunsch nach

Freiheit mit jahrelanger Haft in den Zuchthäusern des SED-Regimes. Mit dem Fall der Mauer fiel auch das SED-Regime, denn aus dem Ruf nach Freiheit wurde schnell der Ruf nach Freiheit und Einheit. Das mutige Eintreten der Menschen in der ehemaligen DDR für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie eröffnete uns Deutschen den Weg zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit am 3. Oktober 1990.

Wachsam bleiben!

Die Erinnerung an den Bau der Mauer ist immer auch Mahnung an alle Deutschen, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zu bewahren und zu verteidigen. Politischer Extremismus und ideologisch begründete Wahrheits- und Machtansprüche dürfen in Deutschland nie wieder eine Chance haben. Der heutige Tag ruft uns dazu auf, in unserer Wachsamkeit gegenüber den Feinden der Freiheit nicht nachzulassen. ■

Hintze: Die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen

33 Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer ist unser Blick auf die Opfer von Stacheldraht und Schießbefehl gerichtet. Hunderte von Menschen kamen an der innerdeutschen Grenze ums Leben. Wir dürfen heute dankbar dafür sein, daß die Spaltung Deutschlands überwunden ist und Freiheit, Recht und Demokratie für alle Deutschen gelten. Weder das persönliche Leid der Opfer und ihrer Angehörigen noch der menschenverachtende Charakter des SED-Staates dürfen verdrängt oder vergessen werden. Die für den Mauerterror politisch Verantwortlichen müssen Person für Person auf-

gespürt und zur Rechenschaft gezogen werden. Es ist ein politischer Skandal, daß Politiker aus den Reihen der PDS das DDR-Unrechtsregime im nachhinein rechtfertigen wollen. Die demokratischen Parteien sind gefordert, solchen Geschichtsfälschungen entgegenzutreten und jegliche Radikalisierung von links oder von rechts politisch zu bekämpfen. Dafür ist es höchste Zeit, daß die Sozialdemokraten endlich wieder zum demokratischen Konsens zurückkehren und sich nicht weiter von der SED-Nachfolgepartei abhängig machen, wie das zur Zeit in Sachsen-Anhalt geschieht.

Was anderswo passieren könnte, wenn Magdeburg zum Modell würde

Kaum wenige Wochen im Amt, gefährdet die rot-grüne Minderheitsregierung unter Duldung der PDS schon mit ihren ersten Maßnahmen die Zukunft Sachsen-Anhalts. Die Liste der Fehlentscheidungen läßt Schlimmes für Wirtschaft und neue Arbeitsplätze befürchten. Sie belegen auch, was anderswo passieren könnte, wenn Magdeburg zum Modell wird.

1. Rot-Grün will in Sachsen-Anhalt den Bau der Südharzautobahn stoppen, obwohl das Raumordnungsverfahren für die A 82 zwischen Halle und der Landesgrenze unter der CDU-geführten Landesregierung bereits abgeschlossen war.

Die Auswirkungen des rot-grünen Rückziehers für die Menschen in der Region wären verheerend: Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist eine unverzichtbare Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und sichere Arbeitsplätze. Rund zwei Milliarden Mark stellt die Bundesregierung Sachsen-Anhalt zur Verbesserung ihres Fernstraßennetzes bis Ende 1994 zur Verfügung. Die rot-grüne Fehlentscheidung bedeutet, daß alle Maßnahmen, die mit dem geplanten Autobahnbau zwischen Halle und Göttingen abgestimmt sind, neu überprüft werden müßten. Dies würde zu Verzögerungen von zwei bis drei Jahren beim Ausbau des Fernstraßennetzes in Sachsen-Anhalt führen.

Die CDU-geführte Landesregierung von Thürigen hat zugesichert, daß sie im Gegensatz zu den neuen Plänen im Nachbarland Sachsen-Anhalt zu den Vereinbarungen stehen und den thüringischen Abschnitt der Autobahn bauen will.

Der von Rot-Grün provozierte Wegfall

der Investitionen würde pro 1 Mrd. Mark 12.000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt aufs Spiel setzen.

Mit dem Kopf durch die Wand

Die Mitteldeutsche Zeitung kommentiert:

„Sollten die (rot-grünen) Magdeburger weiter mit dem Kopf durch die Wand wollen, so könnten sie am Ende nicht nur ohne Straßen, sondern auch ohne Mittel dastehen. Doch weit ärmer wären dann die Menschen in Halle, Eisleben, Sangerhausen oder Nordhausen dran.“
(10. 8. 1994)

2. Die rot-grüne Landesregierung hat Sachsen-Anhalt in den vergangenen Tagen ein Tempolimit auf der A 2 verordnet. Für diese Maßnahme gab es keine

Erste Fehlentscheidungen von Rot-Grün in Magdeburg gefährden die Zukunft von Sachsen-Anhalt.

ausreichende Rechtsgrundlage. Die Streckenabschnitte, auf denen die Geschwindigkeitsbeschränkung verfügt wurde, waren willkürlich und ohne erkennbares System ausgesucht. Die Möglichkeit einer Messung der Auswirkungen der Geschwindigkeitsbeschränkungen auf die Höhe der Ozonwerte bestand nicht. Damit setzte die Regierung Höppner nach rot-grünem Vorbild in Hessen auf bloße Effekthascherei und verstärkt das Signal einer autofeindlichen Politik. Versuche in der Schweiz haben gezeigt, daß

Tempolimits wie in Sachsen-Anhalt oder Hessen nur minimale Auswirkungen — 2 bis 3 Prozent Reduktion — auf die Ozonwerte haben. Auf die Gesundheit der Menschen hat eine solche Maßnahme überhaupt keine meßbaren Auswirkungen.

Worauf es ankommt, ist die Verringerung der Ozonvorläufersubstanzen wie Benzol, Ruß oder Stickoxide. Auf diese Weise können bis zu 30 Prozent der Schadstoffe ausgemerzt werden. Deshalb setzt sich die Union für die Einführung von emissionsärmerem Benzin ein, wie wir auch als erste in Europa 1982 nach der Regierungsübernahme die Einführung von Katalysatoren in Deutschland durchgesetzt haben. Mit dem Tempolimit hat die rot-grüne Koalition in Magdeburg auch umweltpolitisch eine Fehlzündung hingelegt.

3. Der Wechsel zu Rot-Grün kommt die Sachsen-Anhaltiner teuer zu stehen. So hat SPD-Ministerpräsident Höppner den Magdeburger Polizeipräsidenten kurzerhand in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Hinter dieser Aktion verbirgt sich ein reines Machtspiel — obendrein auf dem Rücken der Polizei.

Das nächstrangige Opfer

Die FAZ kommentiert:

„Im Anschluß an die Magdeburger Krawalle vom Herrentag hatte die SPD den Rücktritt des CDU-Innenministers Remmers gefordert — vor allem, weil er an dem zur fraglichen Zeit in Urlaub befindlichen Polizeipräsidenten Stockmann festhielt. Weil Remmers dem Regierungswechsel ohnehin zum Opfer fiel, mußte nun die sozialdemokratische Mißbilligung des Magdeburger Polizeieinsatzes das nächstrangige

Wahlkampf-Argumente

ENTSCHEIDUNG



Opfer fordern. (. . .) Linke und Rechte können sich gratulieren: Sie haben wieder einen Polizisten geschafft.“ (11. 8. 1994)

4. Die rot-grüne Landesregierung hat einen befristeten Abschiebestopp für kurdische Asylbewerber angeordnet. Damit stellt die Minderheitsregierung das Bundesland Sachsen-Anhalt an die Seite anderer SPD-regierter Länder, die mit einem eigenmächtigen Abschiebestopp die neuen Regelungen des Asylrechts wieder unterlaufen.

Gegen die neue Asylregelung

Durch die Neuregelung des Asylrechts ist die Zahl der Asylbewerber um über 70 Prozent zurückgegangen. Die Fehlentscheidung der rot-grünen Landesregierung in Magdeburg bedeutet jedoch in der Praxis eine indirekte Aufforderung zur illegalen Einwanderung. Bundesinnenminister Kanther hat noch einmal klargestellt, daß den Kurden in den meisten Landesteilen der Türkei keinerlei Verfolgung droht. Daher gibt es keinen Grund für einen generellen Abschiebestopp für Kurden, wie ihn die Regierung Höppner jetzt beschlossen hat. Die rot-grüne Aktion dient erkennbar der Absicht, die neue Asylregelung Schritt für Schritt außer Kraft zu setzen. Dies wundert nicht, haben sich doch namhafte Repräsentanten der Magdeburger Minderheitsregierung in der Vergangenheit gegen den Asylrechtskompromiß ausgesprochen.

Probleme mit der Wirklichkeit:

Simpler Stimmenfang-Trick

Zum Auftakt der heißen Phase des Wahlkampfes stellte Oskar Lafontaine die Steuerpläne der SPD vor. Angekündigt als „größtes Steuersenkungsprogramm für Normalverdiener und Familien in der Geschichte der Bundesrepublik“, erweist es sich schon auf den ersten Blick als Wählertäuschungsprogramm großen Stils. Das Kommentarche ist einhellig:

General-Anzeiger, Bonn, 13. 8. 1994:

Was Lafontaine an Steuer- und Kindergeldversprechungen für den Fall eines SPD-Wahlsieges auf den Tisch gelegt hat, ist in hohem Maße unsolid und stellt einen Rückfall in überwunden geglaubte Wahlkampfmethoden dar. Tatsächlich nährt er nur den alten Verdacht, Sozialdemokraten könnten nicht mit Geld umgehen.

Neue Osnabrücker Zeitung, 13. 8. 1994:

Das Programm, mit dem der Regierungschef des am höchsten verschuldeten Bundeslandes die heiße Phase des Wahlkampfes eröffnete, wurde leider mit heißer Nadel gestrickt. Selbst die Finanzminister in den von der SPD regierten Ländern taten kund, daß zum Beispiel die Ergänzungsabgabe dem Staat nicht die Einnahmen verschafft, die durch den Solidarbeitrag der Koalition dem Fiskus zukommen würden.

Frankfurter Neue Presse, 13. 8. 1994:

Die Botschaft ist klar: Die SPD liebt die Kleinen so sehr, daß sie für jedes Kind 250 Mark im Monat springen lassen will. Der kleine Haken ist nur, daß die Ausgaben

von 22 auf 50 Milliarden steigen. Kein Problem: Was das Finanzgenie Oskar Lafontaine den Eltern eben spendiert hat, wird ihnen durch die Streichung von Kinderfreibeträgen und Ehegattensplitting wieder genommen. [. . .] Ob die Wähler auf einen so simplen Stimmenfänger-Trick hereinfallen?

Märkische Allgemeine, 13. 8. 1994:

Die Gedankengänge der SPD-Wahlstrategen sind leicht, allzu leicht nachvollziehbar: Wer vor der Bundestagswahl Steuer-senkungen von geradezu geschichtlichen

Karl Schiller, ehemaliger Finanz- und Wirtschaftsminister der SPD in einem Gespräch mit den Flensburger Nachrichten, 15.8.1994: Die Steuerpläne der SPD bedeuteten eine „Behinderung des wirtschaftlichen Wachstums“. Schiller erklärte, die „geplante Ergänzungsabgabe für sogenannte Besserverdienende in Höhe von zehn Prozent passe nicht ins Wachstumskonzept“. Schillers Fazit: „Das alles ist wenig durch-dacht.“

Ausmaßen verspricht, wie soll der nicht beim Wähler bestehen?! Ach, Oskar, möchte man ausrufen, mußt du noch die Geschichte bemühen?

Tagesspiegel, 13. 8. 1994:

Das SPD-Programm grenzt an Volksverdummung. Wie, bitte sehr, will denn die SPD ihr Wahlgeschenk finanzieren?

taz, 13. 8. 1994:

Was die Vorschläge so fragwürdig macht, sind deren fehlende Preisschilder.

Benzol-Lüge der SPD vernebelt die Fakten

Die Sozialdemokraten ereifern sich in diesen Ozon-Sommertagen über die vermeintliche Untätigkeit der Bundesregierung. Sie suggerieren, der Bundesminister für Umwelt glänze durch Tatenlosigkeit, kusche vor der Autolobby und verschleppe wirksame Maßnahmen. Dem Bürger wird eröffnet, die geplanten Verwaltungsvorschriften des Bundes strotzten von Ausnahmestimmungen und die Werte für die Vorläufersubstanzen des Ozons wie Benzol seien viel zu lasch.

Zur Speerspitze dieser Sommerloch-Kampagne avancierte überraschend Rudolf Scharping, Kanzlerkandidat der SPD. Der Politiker, der seit dem Treffen der SPD-Umweltminister in Garmisch-Partenkirchen öffentlich auf Tempo 130 schwört, war vor kurzem noch für „100“ — allerdings pro Achse seines schnellen Dienstwagens.

Die um das Tempolimit herumkurvende SPD und ihr Parteivorsitzender täten gut daran, die Protokolle der Bundesratssitzung vom 18. März 1994 nachzulesen. Damals berieten die Länder eine Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG), genauer gesagt, die „Verordnung über die Festlegung von Konzentrationswerten“.

Kernsatz dieser vier Paragraphen umfassenden Sommersmog-Verordnung ist die Ermächtigung für Städte und Gemeinden, künftig Straßen und ganze Stadtgebiete zu sperren, wenn die Luft dort im Jahresmittel zu dick wird. Die Sommersmog-Verordnung soll in zwei Stufen wirken.

Wo ab Juli 1995 die Belastung mit Benzol den Wert von 15 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft übersteigt, können die lokalen Behörden Fahrverbote verhängen. Das gleiche gilt bei Stickoxid-Werten von 160 Mikrogramm und bei einem Rußgehalt von 14 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Ab Sommer 1998 sollen die Eingreifswerte für Benzol und Ruß auf zehn bzw. acht Mikrogramm gesenkt werden.

Erwähnenswert ist jedoch, daß der nun von der SPD gescholtene Bundesumweltminister Klaus Töpfer die schärferen

Von Rudolf Eickeler im „Handelsblatt“ vom 9. August 1994 (leicht gekürzt)

1998er Grenzwerte ursprünglich sofort einsetzen wollte. Doch die Bundesländer waren dagegen. Sie wollten eine langsamere Gangart. Der CDU-Politiker lenkte im Vorfeld der Bundesratssitzung gegenüber den Ländern ein, damit die Verordnung noch vor diesem Sommer verabschiedet werden konnte und „von allen Beteiligten auch wirklich umgesetzt werden kann“.

Töpfers Stufenplan wurde so vom Bundesrat absegnet, das heißt mit der Mehrheit der SPD-Länder. Seitdem stehen die jetzt von den Sozialdemokraten attackierten Werte für Benzol und Ruß in dem noch nicht rechtskräftigen Verordnungstext.

Das Tempolimit-Chaos der SPD

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, erklärte zu den widersprüchlichen Aussagen zum Tempolimit der SPD:

Widersprüche, mangelnde Entscheidungskraft und wahltaktische Schwäche kennzeichnen Scharpings ungläubiges Wirrwarr um das Tempolimit. Unter dem Einfluß der Sommerhitze fordert Scharping heute das 365-Tage-Tempolimit von 130 km/h im Gegensatz zu seinem bisherigen Versprechen, auf ein generelles Tempolimit auf Autobahnen zu verzichten.

Was gilt eigentlich?

SPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Struck dementiert jedoch sofort diese Ankündigung des SPD-Chefs. Was gilt eigentlich in der SPD?

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Müller, MdB, fordert wiederum nicht nur das generelle Tempolimit von 100 km/h, sondern will die Autofahrer noch mit einer zusätzlichen Einschränkung gängeln: Er verlangt zusätzlich eine drastische Senkung der Beschleunigungswerte von Kraftfahrzeugen.

Man muß sich fragen, was der SPD noch alles einfällt, um die Autofahrer zu bestrafen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält flexible Verkehrsregelungen an Engpässen, Unfallschwerpunkten oder witterungsbedingt gefährdeten Streckenabschnitten für erheblich wirkungsvoller als generelles Tempolimit. Zur Emissionsminderung müßten aber auch die verstärkte Bildung von Pkw-Fahrgemeinschaften mit dem Ziel, den Auslastungsgrad der Pkws zu verbessern, genutzt werden. Zusätzlich müssen integrierte Konzepte zur Kooperation des öffentlichen und des Individualverkehrs in Ballungsgebieten beschleunigt umgesetzt werden. Dazu gehören auch die Einrichtung von P- und M-Plätzen (Parken und Mitnehmen).

Unfähig zu klarer Aussage

Autofahrer und Wähler müssen von einer verantwortungsbewußten Partei verlangen, daß sie mit Kompetenz und Zuverlässigkeit eine umweltbewußte und bürgernahe Verkehrspolitik betreibt. Die Unfähigkeit der SPD zu einer klaren Aussage zum Tempolimit ist ein Beweis für mangelnde politische Verantwortung.

Selbst Hessen, Tempolimit-Pionier in Deutschland, hat, wenn auch mit „Bauchschmerzen“, wie es heute entschuldigend heißt, Schulter an Schulter mit Rheinland-Pfalz diese Entscheidung herbeigeführt. In Rheinland-Pfalz regierte damals und regiert noch Rudolf Scharping. Allein das NRW-Kabinett folgte der Empfehlung des Düsseldorfer Umweltmi-

nisters, Klaus Matthiesen, und sagte damals nein.

Fast 130 Tage später vernebeln nun die Sozialdemokraten ihre Taten von gestern und sind sich im Wahlkampf nicht zu schade, die Fakten zu verbiegen. Die Wähler werden der SPD und Rudolf Scharping die rasanten Kurven um Tempolimit, Benzol und Ruß nicht vergessen.

Aufschwung Ost in voller Fahrt

Zum neuesten Forschungsbericht „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland“ erklärte der Vorsitzende der Kommission Wiederaufbau Neue Bundesländer und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Nitsch:

Mit ihrem 11. Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer haben die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in Berlin, Halle und Kiel eine aufschlußreiche Analyse insbesondere zur Lage des Dienstleistungssektors vorgelegt. Die wirtschaftlichen Schlußfolgerungen der Wissenschaftler sind vor allem für kommunalpolitische Entscheidungen, aber auch für die Politik der Bundesregierung relevant.

Der Bericht bestätigt in nüchterner wissenschaftlicher Diktion, daß sich das Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs seit Jahresbeginn verstärkt hat, die Erneuerung des Kapitalstocks rasch vorankommt und jetzt auch hohe Produktivitätszuwächse bei nahezu gleichbleibender

Beschäftigung zu verzeichnen sind, wenn auch der Abstand zu den alten Bundesländern immer noch sehr hoch ist.

Wichtig ist, daß sich das Expansions-tempo im verarbeitenden Gewerbe verstärkt hat und sich die Gewichte innerhalb der Branchen zu verschieben beginnen. Zwar ist nach wie vor die Expansion besonders ausgeprägt in den von der Bauentwicklung vor Ort begünstigten Bereichen, daneben konnten aber wichtige Investitionsgüterzweige — wie z. B. Straßenfahrzeugbau und Elektrotechnik — zunehmend auf überregionalen Absatzmärkten Fuß fassen.

Aufgabe unserer konsequenten Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung wird es generell weiterhin sein, den Aufbau neuer wirtschaftlicher Strukturen zu unterstützen, den Ausbau einer modernen Infrastruktur voranzutreiben und damit insgesamt auch die Voraussetzungen für die generelle Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland im verschärften internationalen Wettbewerb zu verbessern.

Ostdeutschland ist die dynamischste Wachstumsregion Europas

Die neuen Bundesländer sind zur dynamischsten Wachstumsregion Europas geworden.

Das zu Jahresbeginn prognostizierte Wachstum von sechs bis acht Prozent muß wahrscheinlich nach oben korrigiert werden. Einige Wirtschaftsinstitute erwarteten bereits eine zweistellige Zuwachsrate.

Die Industrieproduktion im Osten hat wieder das Niveau des zweiten Halb-

jahres 1990 erreicht, dies aber mit wettbewerbsfähigen Unternehmen und modernen Produkten. Produktion und Auftragseingang sind in den ersten fünf Monaten um 24,1 bzw. 17,5 Prozent zum gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen.

Die Produktivität ist von 27,8 Prozent des Westniveaus 1991 auf 46,1 Prozent im Vorjahr gestiegen. Die Anlageinvestitionen werden Ende 1994 knapp 540 Milliarden Mark erreichen.

Entspannung auf dem Arbeitsmarkt

Im Juli 1994 waren in Deutschland insgesamt 3.706.000 Arbeitslose registriert, das sind 111.000 mehr als im Vormonat. Die Kurzarbeit ist weiter rückläufig.

Arbeitsmarkt im Westen

Im Westen Deutschlands waren Ende Juli 1994 2,570 Millionen Menschen (Quote 8,3 Prozent) arbeitslos. Dies sind 92.000 mehr als im Juni 1994. Die Zahl ist damit weniger stark gestiegen als im Vorjahr (plus 159.000). Dies sind jedoch immer noch 244.000 mehr als im Juli 1993. Damals lag die Arbeitslosenquote bei 7,5 Prozent.

Saisonbereinigt ging die Arbeitslosenzahl von Juni auf Juli um 18.000 zurück.

Arbeitsmarkt im Osten

Im Osten Deutschlands waren Ende Juli 1994 1,136 Millionen Menschen (Quote 15,1 Prozent) arbeitslos. Das sind gut 19.000 mehr als im Juni 1994 (1,117 Millionen, Quote 14,8 Prozent). Damit war die Zahl der Arbeitslosen um 31.000 niedriger als vor einem Jahr.

Gegenüber Juli 1993 gab es im Juli 1994 198.000 arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weniger. Dennoch sank die Zahl der Arbeitslosen im Vorjahresvergleich. Die Zahl der regulären Arbeitsplätze ist also offensichtlich gestiegen.

Kurze Gesamtbewertung

Der Anstieg der Arbeitslosenzahl ist saisonbedingt. Im Westen ging die Erwerbstätigenzahl erstmals seit Frühjahr 1992 nicht mehr zurück. Eine Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ist sichtbar.

Trotzdem wird die Arbeitslosenzahl im Westen im Jahresdurchschnitt 1994 mit 2,6 Millionen um rund 300.000 über dem Jahresdurchschnitt von 1993 liegen. Zum

Jahreswechsel hatten die Wirtschaftsinstitute mit einem jahresdurchschnittlichen Zuwachs der Arbeitslosen von 400.000 bis 500.000 gerechnet.

Wahlkampf-Argumente



Arbeitsmarkt in Bewegung

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Rudolf Kraus:

Der Arbeitsmarkt bewegt sich zum Besseren. Die Bundesregierung ist mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auf dem richtigen Weg.

Die übliche Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Urlaubszeit, in der weniger Neueinstellungen erfolgen, ist viel geringer ausgefallen als erwartet. So ist die Arbeitslosenzahl in den alten Ländern im Juli um 92.600 angestiegen, im Vorjahr noch um 159.300. Saisonbereinigt liegt sogar ein Rückgang um 18.000 gegenüber dem Vorjahr vor. Auch in den neuen Ländern beträgt der Anstieg mit 19.400 weniger als ein Drittel der Vergleichsmonate der Jahre 1992 und 1993.

Eine positive Entwicklung ergibt sich auch aus dem weiteren Rückgang der Kurzarbeit. Die jetzige Kurzarbeiterzahl von 240.000 hat sich gegenüber dem Vorjahresstand von 440.000 fast halbiert. Enorm ist die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt. So waren allein im Juli über 483.000 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. ■

Chancen für innovative Bildungspolitik in den neuen Ländern genutzt

Zur Situation der Schulen, Hochschulen und der beruflichen Bildung in den neuen Ländern erklärten der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Norbert Lammert, der Kultusminister des Freistaates Thüringen, Dieter Althaus und der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst des Freistaates Sachsen, Hans-Joachim Meyer:

Knapp vier Jahre nach der deutschen Einheit sind die Grundlagen eines neuen freiheitlichen und leistungsfähigen Bildungssystems in den neuen Ländern gelegt und der notwendige Umwandlungsprozeß weitgehend abgeschlossen. Die Ausgangslage nach den ersten freien Wahlen in der ehemaligen DDR war auch im Bereich Schule, Hochschule und berufliche Bildung schwierig, da das Bildungssystem durch den ideologischen Einfluß der SED geprägt war.

Junge Menschen sollten zu einer sozialistischen Persönlichkeit erzogen werden und die Ziele der SED kritiklos akzeptieren. Wie in der Wirtschaft war in der ehemaligen DDR die materielle Ausstattung der Schulen, Hochschulen und beruflichen Ausbildungsstätten in weiten Teilen unzureichend. Lehrer und Dozenten hatten besonders „linientreu“ zu sein. Lehrkräfte ohne Parteibuch hatten kaum Chancen, verantwortungsvolle Positionen zu erreichen.

Im Prozeß der inneren Einigung gelang es rasch, demokratische Strukturen zu schaffen und eine Erneuerung im Bildungssystem einzuleiten. Schul- und Hochschulgesetze wurden erarbeitet und die berufliche Bildung neu organisiert.

Bund, Länder, Gemeinden, Wirtschaft und Sozialpartner haben in vielfältiger Weise mit Maßnahmen und Programmen diese Umwandlung unterstützt und begleitet.

Der Bund ist seiner bildungspolitischen Verantwortung für die neuen Länder — trotz schwieriger Haushaltslage — gerecht geworden. Mit dem Hochschülerneuerungsprogramm wurden annähernd 2,5 Milliarden DM für die Hochschulen in den neuen Ländern bereitgestellt. Damit wurde die Grundlage für ein differenziertes Ausbildungsangebot an 16 Hochschulen, 21 Fachhochschulen, 12 Kunst- und Musikhochschulen sowie

Bilanz der Bildungspolitik nach der Einheit

einer pädagogischen Hochschule in Erfurt geschaffen. In den Jahren 1992 und 94 wurden 7 500 Professuren neu besetzt; eine einmalige Leistung in der deutschen Universitätsgeschichte.

Seit dem 1. Januar 1991 wurde die Ausbildungsförderung nach BAFöG in den neuen Ländern eingeführt. Dies erforderte einen raschen Aufbau einer funktionsfähigen Förderungsverwaltung, was in beispielhaft kurzer Zeit gelang. Um die Wohnraumsituation der Studenten zu verbessern, wurde ein Studentenwohnraumprogramm in den neuen Ländern in der Höhe von 250 Millionen DM aufgelegt.

Durch große gemeinsame Anstrengungen haben Wirtschaft, Bund, Länder sowie die Bundesanstalt für Arbeit es in den letzten drei Jahren erreicht, daß in den

neuen Ländern jedem ausbildungswilligen Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit angeboten werden konnte. Durch die „Gemeinschaftsinitiative Lehrstellen Ost“ konnten im Herbst 1993 für 10.000 Schulabgänger außerbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die finanziellen Mittel wurden durch Bund, Länder und vom europäischen Sozialfonds (ESF) bereitgestellt. Das Bundeskabinett hat am 5. Juli 1994 beschlossen, daß auch im Jahr 1994 ein Sonderprogramm aufgelegt wird, damit alle Jugendlichen in den neuen Ländern rechtzeitig zum 1. September 1994 mit ihrer Berufsausbildung beginnen können.

Die neuen Länder haben erfolgreich ihre Chance genutzt, in der Bildungspolitik neue Wege zu gehen. Additive Formen von Haupt- und Realschule, die sogenannte Regelschule in Thüringen und die Mittelschule in Sachsen, weisen in der Schulpolitik neue Möglichkeiten auf. Die gymnasiale Schulzeit in den neuen Bundesländern ist — mit Ausnahme von

Brandenburg — kürzer als in den alten Ländern. Bereits nach dem 12. Schuljahr legen die Schüler in den neuen Ländern ihre Abiturprüfung ab.

In den Landeshochschulgesetzen der neuen Länder wurden Reformen zur Verbesserung der Studienstrukturen und zur Erhöhung des Stellenwertes der Lehre erstmalig gesetzgeberisch umgesetzt und den Universitäten und Fachhochschulen mehr Autonomie eingeräumt als in den westlichen Bundesländern. Neue Ausbildungsformen, wie die Einrichtung von Berufsakademien mit ca. 3.000 Studienplätzen in Sachsen, stellen eine attraktive Alternative zum Hochschulstudium dar, die über Baden-Württemberg hinaus auch von den alten Bundesländern verstärkt genutzt werden sollte.

Die Bundesländer gehen in der Bildungspolitik selbstbewußt eigene neue Wege und nutzen die Chance für eine innovative Bildungspolitik mit Vorbildcharakter für die alten Bundesländer. ■

Nach zwei Jahren Schrumpfung wächst die Ostchemie wieder

Nach Rückgängen in den Jahren 1992 und 1993 wächst der Umsatz der ostdeutschen Chemieunternehmen wieder. In den ersten fünf Monaten 1994 zogen der Gesamtumsatz um 4,3 Prozent und der reine Chemieumsatz um 3,9 Prozent an.

Auch die Produktivität habe sich drastisch verbessert, teilte der Bundesarbeitsgeberverband Chemie mit. Die Ertragssituation sei aber noch immer extrem unbefriedigend.

Nach der Entflechtung der Kombinate bestehe nun die Chance, kleine und mittelständische Unternehmen zu

schaffen, die schnell und günstig am Markt operieren könnten. Wenn die Privatisierungsprobleme, insbesondere in der sachsen-anhaltinischen Großchemie, gelöst seien, werde sich die ostdeutsche Chemie mit einem flexiblen und marktnahen Produktionsprogramm zumindest in Teilbereichen etablieren können.

Der Gesamtumsatz je Beschäftigten stieg um mehr als 45 Prozent auf 70.018 DM. Im Durchschnitt gab es von Januar bis Mai noch 40.400 Beschäftigte. Das Bruttojahreseinkommen stieg 1993 um rund ein Fünftel auf 33.826 DM.

Leitlinien einer Reform des öffentlichen Dienstes

Die Bundesregierung hat unlängst ihren Perspektivbericht über die Zukunft des öffentlichen Dienstes beschlossen. Mit den im Perspektivbericht vorgesehenen Maßnahmen sollen die vorhandenen Strukturen des Beamtenverhältnisses flexibilisiert und so der Personaleinsatz optimiert werden. Im wesentlichen ist folgendes vorgesehen:

- **Stärkung des Leistungsgesichtspunktes durch**
 - ▶ Vergabe von Führungspositionen auf Zeit (zweijährige Probezeiten)
 - ▶ Erprobungszeiten vor Beförderungen von 3 Monaten bis zu 1 Jahr
 - ▶ Einführung von Leistungsprämien
- **Erhöhung der Flexibilität durch die Erleichterung von Laufbahnwechsel, Abordnungen und Versetzungen**
- **Erhöhung des Anteils der teilzeitbeschäftigten Beamten**
(derzeit 17 Prozent) durch weitere Erleichterungen der Teilzeitbeschäftigung
- **Verbesserung der Polizeibesoldung**
Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht den Perspektivbericht der Bundesregierung als bauchbare, wenn auch keineswegs hinreichende Grundlage der in der kommenden Legislaturperiode vorzunehmenden Reform des öffentlichen Dienstrechts an. Sie wird deshalb einen zusätzlichen Maßnahmenkatalog vorschlagen, damit der öffentliche Dienst auf der Grundlage des im Grundsatz bewährten

Berufsbeamtentums an Haupt und Gliedern erneuert werden kann. Dabei greift jedoch eine Betrachtungsweise, die ausschließlich auf die Änderung des Beamtenrechts zielt, zu kurz; vielmehr müssen Umfang und Art der bisherigen Staatstätigkeit insgesamt auf den Prüfstand gestellt werden. Aus unserer Sicht müßte der Perspektivbericht mithin u. a. um folgende Gesichtspunkte erweitert werden:

- 1.** Umfassende Kritik der Staatsaufgaben in Bund, Ländern und Gemeinden (Muß der Staat alle gegenwärtig wahrgenommenen Aufgaben auch künftig erfüllen? Welche Aufgaben können ersatzlos

Von Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU- Bundestagsfraktion

gestrichen, privatisiert oder in den Verantwortungsbereich des Bürgers zurückgegeben werden? Gibt es Möglichkeiten, einzelnen Bürgern oder Bürgervereinigungen öffentliche Mittel zum Zweck der eigenverantwortlichen Wahrnehmung lokaler öffentlicher Aufgaben [z. B. im Bereich des Kindergarten- oder Sozialwesens] zu gewähren und dadurch die öffentliche Verwaltung zu entlasten?)

- 2.** Reform der Verwaltungsstrukturen (Entbürokratisierung und Verschlankeung der Entscheidungsprozesse und Behördenapparate insbesondere durch Delegation von Entscheidungsbefugnissen und Ablflachung von Hierarchien)

3. Reform des Systems der Dienstalterstufen im Besoldungsrecht (leistungsabhängige Vergabe statt altersbezogener „Automatik“)

4. Umschichtung des Lebenseinkommens der Beamten, indem in jungen Jahren eine höhere Besoldung gewährt und dafür die Besoldung in vorgerücktem Alter entsprechend gesenkt wird, um den öffentlichen Dienst insbesondere für leistungsfähige Nachwuchskräfte attraktiv zu gestalten

5. Stärkere Ausdifferenzierung der Besoldung nach Verwaltungssparten und Einsatzorten; „Mangelbereiche“ und Laufbahnen mit besonderen Anforderungen müssen besser bezahlt werden; ebenso ist es erforderlich, daß der Ortszuschlag wieder seine ursprüngliche Funktion als Instrument zum Ausgleich regional unterschiedlicher Lebenshaltungskosten übernimmt.

6. Weitere Stärkung des Leistungsgesichtspunktes bei der Besoldung mittels Einführung leistungs- bzw. aufgabenbezogener und zeitlich begrenzt gewährter Gehaltsbestandteile; so könnte etwa eine „Vertreterzulage“ eingeführt werden, die den Mehrarbeit übernehmenden Beamten an den vom Dienstherrn eingesparten Personalkosten teilhaben läßt und dadurch motivationsfördernd wirken kann.

7. Weitere Konkretisierung der im Perspektivbericht der Bundesregierung lediglich abstrakt beschriebenen Maßnahmen zur Steigerung der Flexibilisierung des Personaleinsatzes und der Verbesserung der Polizeibesoldung. So sollten Abordnungen ohne Zustimmung des Beamten künftig auf 3 Jahre (bisher 2 Jahre) befristet werden können und Versetzungen durch eine erleichterte Anordnung der sofortigen Vollziehung erleichtert werden. Im Bereich der Polizeibesoldung

Wahlkampf-Argumente



sollte der Stellenanteil im gehobenen Dienst erhöht und eine weitere Anhebung der Eingangsbesoldung für den mittleren Polizeivollzugsdienst erwogen werden.

8. Die Regelungen über die Versorgung von Beamten, die während ihrer Dienstzeit für mehrere Dienstherrn tätig waren, sollten weiter reformiert werden. War es bisher so, daß derjenige Dienstherr, für den der Beamte am Ende seiner aktiven Dienstzeit tätig war, dessen gesamte Versorgung tragen mußte, ist mit der kürzlich vom Deutschen Bundestag in 2. und 3. Lesung verabschiedeten Neuregelung des Beamtenversorgungsgesetzes eine Teilung der Versorgungslasten zwischen den verschiedenen Dienstherrn entsprechend den Anteilen der bei ihnen abgeleisteten aktiven Dienstjahre für Beamte ab dem 45. Lebensjahr eingeführt worden. Diese Regelung sollte auf alle Beamten erstreckt werden, damit sichergestellt ist, daß nicht nur bei lebensälteren Beamten Versetzungen zu anderen Dienstherrn problemlos vollzogen werden können.

9. Die amtsangemessene Alimentation kinderreicher Beamter nach den Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1990 (Erhöhung des kinderbezogenen Anteils des Ortszuschlages ab dem 3. Kind) muß unmittelbar nach der Bundestagswahl gesichert werden. Es geht nicht an, die verfassungswidrige Benachteiligung dieses Personenkreises fortzusetzen. ■

Das „kleine Wunder“ Wohnungsbau

Bei einem Pressegespräch der CDU in Bonn im Juli legte der wohnungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Dietmar Kansy, eine positive Bilanz der Wohnungsbaupolitik für die auslaufende Legislaturperiode vor:

Ausgang der 12. Wahlperiode bleibt die Wohnungspolitik, besonders angesichts in den Großstädten und ihrem Umland noch bestehender Engpässe in der Wohnungsversorgung, zwar weiterhin gefordert — aber sie bringt eine für die politische Gestaltungskraft der nächsten vier Jahre hoffnungsfroh stimmende Ausgangssituation ein: Ein seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr gekanntes Niveau an Fertigstellungen und Genehmigungen neuer Wohnungen im früheren Bundesgebiet, wobei auch die Bewilligungen im sozialen Wohnungsbau inzwischen wieder die 100.000-Grenze deutlich übersteigen; auf diese Steigerung reagieren die Neuvertragsmieten mit einem verlangsamt Anstieg bzw. sogar einem Absinken im oberen Preissegment; der Entschluß zum Bauen wird durch langfristig hohe Wertbeständigkeit der Immobilie, ein insgesamt noch günstiges Zinsniveau und spürbare Beruhigung bei den Preisen für Bauleistungen erleichtert.

Auch in Ostdeutschland ist der Wohnungsbau jetzt mit der Überschreitung der 100.000-Grenze bei den Genehmigungen und der Investitionsoffensive zur Instandsetzung, Sanierung und Modernisierung der Wohnungen in die gewünschte Spur gekommen.

Die nun schon im siebten Jahr stark aufwärts gerichteten Tendenzen im Wohnungsbau stützen sich auf das Konzept von CDU und CSU, sowohl den Staat in die Mitverantwortung für die Gestaltung attraktiver wettbewerbsfähiger Rahmenbedingungen für Investitionen im Woh-

nungsbau zu nehmen als auch den Bürgern die Übernahme eines deutlich höheren Anteils an den wahren Wohnkosten abzuverlangen, soweit die finanzielle Leistungsfähigkeit dazu vorhanden ist.

Aus dem differenzierten Förderinstrumentarium sind besonders hervorzuheben:

- Mit dem Wohnungsbauerleichterungsgesetz von 1990 und dem Wohnbaulandgesetz von 1993 wurden die Belange der Wohnbedarfsbefriedigung wieder in den

Wahlkampf-Argumente



Vordergrund der Bauleitplanung und des Baugenehmigungsverfahrens gerückt.

- 1989 Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für den freifinanzierten Mietwohnungsbau und gezielte Förderung des Aus- und Umbaus im Gebäudebestand, nach der Wiedervereinigung gezielt auch für Ostdeutschland.

- 1990 und 1991 Anhebungen des Baukindergeldes um insgesamt zwei Drittel, des steuerlichen Absetzbetrages und befristeter Schuldzinsenabzug zugunsten der selbstgenutzten Wohneigentumsbildung.

- Mehrmalige Aufstockung der Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau, die 1988 erst eingeführte vereinbarte Förderung setzte sich mehr und mehr durch; Sonderprogramme für Ballungsgebiete, Studentenwohnungen, Dachgeschoßausbau; in Ostdeutschland zusätzliche För-

derung über Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost, KfW und Altschulden-Entlastung.

Es sollte aber nicht verschwiegen werden, daß auch die Mieter in dieser Aufschwungphase mit einem — gemessen an der Preisentwicklung — im Schnitt überproportionalen Mietanstieg einen wichtigen Beitrag für eine gestärkte Attraktivität der Kapitalanlage in den Wohnungsbau geleistet haben. Von den jüngsten Entspannungstendenzen dürfen keine mißverständlichen Signale ausgehen, etwa daß Wohnen billiger oder gar billig werden könnte. Denn zu wenig wird beachtet, daß die quantitativen und qualitativen Mehransprüche an Wohnraum der eigentliche Grund dafür sind, daß in den letzten Jahrzehnten der Mietanstieg stärker war als der Anstieg der allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Aber ebenso bedeutsam ist auch die Tatsache, daß von den Mietsteigerungen vor allem die mobilen und Erst-Haushalte betroffen werden; nach einer repräsentativen Befragung eines wissenschaftlichen Forschungsinstitutes stieg die Miete im Schnitt um mehr als zwei Drittel, wenn 1993 ein Langzeitmieter in eine Neubauwohnung einzog. Wenn dennoch eine Reihe von Umfragen übereinstimmend

den Eindruck bestätigt hat, daß die ganz überwiegende Mehrheit der Bürger (in Westdeutschland) ihre Mietbelastung als nicht zu hoch empfindet, dann signalisiert dies auch das Wissen um die verbesserte eigene Wohnsituation und Sensibilisierung gegenüber den tatsächlichen Kosten des Wohnens.

Der Markt hat zu Recht die im letzten September in Kraft getretenen Mietrechtsänderungen nicht als investitionsfeindliche Kursänderung verstanden, wie es manche aufgeregte Stimmen im Vorfeld wahrhaben wollten. Über die Anhebung des Wohngeldes im Herbst 1990 und der Einkommensgrenzen, die zum Anspruch auf eine Sozialwohnung führen, zum kommenden Oktober sowie über die Abwehr von umwandlungsbedingten Kündigungen durch das Sozialklauselgesetz von 1993 konnte der sozialverträgliche Schutz der Gruppen mit besonderen Versorgungsproblemen gestärkt werden.

Wir sind stolz auf diese Leistungen, ohne zu vergessen, daß wir noch nicht über den Berg sind. Die nicht mehr zu übersehenden Erfolge sind der beste Beweis für die Richtigkeit unserer wohnungspolitischen Konzepte. ■

Handwerk steigert erneut Lehrstellen im Osten

Das Handwerk wird 1994 die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge in den neuen Bundesländern um über zehn Prozent steigern und damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Jugend mit einem ausreichenden Lehrstellenangebot leisten.

Das hat Handwerkspräsident Heribert Späth beim Treffen des Bundeskanzlers mit Repräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaften über die

Entwicklung in den neuen Bundesländern festgestellt. Nicht zuletzt der verstärkte Einsatz von zusätzlichen Lehrstellenwerbern trage Früchte und bewirke, daß das Handwerk nach den hohen Steigerungsraten der vergangenen Jahre (1993 über 20) nochmals kräftig zulegen könne. So melde beispielsweise die Handwerkskammer Potsdam doppelt so viele neu abgeschlossene Lehrverträge wie zum Vergleichsdatum des Vorjahres.

Zitat: Geschmacklose Verhöhnung

Horst Niggemeier, Verteidigungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, in der „Welt“ vom 11. August

In der Wahlkampfzentrale der PDS-Kommunisten beherrscht eine begnadete Chuzpe das Handeln. Jene, die unter der Bezeichnung SED für den gesellschaftlichen und ökonomischen Ruin in den jetzt neuen Bundesländern die ausschließliche Verantwortung tragen und sich dann in irreführender Anmaßung den Namen „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) zugelegt haben, drehen heute wieder das große Rad.

Die „roten Socken“ wissen eben, wie es geht. Mit dem Zusammenbruch des SED-Regimes fand dieser Begriff von den „roten Socken“ als Synonym für die privilegierten SED-Kader sehr schnell Eingang in den deutschen Wortschatz. Es war dies die sehr originäre Wortschöpfung der unter dem SED-Joch leidenden Menschen.

Doch die Geschicklichkeit der PDS-Kommunisten hat aus diesem negativ belegten Begriff ein Aktivum für ihre Mitglieder gemacht. So wird berichtet, daß es im Wahlkampfmittel-Arsenal der Gysi, Bisky, Modrow und Co. jetzt die „rote Socke“ als Anstecknadel

geben soll. Was sich da für den politischen Normalverbraucher möglicherweise nur als witziger Wahlkampf-Gag darstellen mag, ist in Wahrheit die geschmacklose Verhöhnung all der Menschen, die unter diesen „roten Socken“ gelitten haben.

„Wir sind das Volk“ war 1989 der grandiose Kampfesruf gegen das SED-Regime auf den Massendemonstrationen in Leipzig und anderswo. Diesem Volk wird jetzt fröhlich von den PDS-Kommunisten per Anstecknadel entgegeng gehalten: Wir sind die „roten Socken“, und darauf bilden wir uns was ein.

Man stelle sich einmal vor, die in der Nazizeit im Volksmund hämisch als „Goldfasane“ beschriebenen Führungskliquen der NSDAP würden vier Jahre nach Kriegsende, also 1949, einen „Mini-Goldfasan“ als Anstecknadel für die ehemaligen Nazi-Führerfiguren und ihre gläubigen Anhänger („Unter Hitler war ja schließlich nicht alles schlecht“) als Erkennungszeichen herausgegeben haben? Nein, das ist nicht vorstellbar!

So darf es auch 1994 keinen Unterschied machen, wenn Links- oder Rechtsextremismus sich in schnöder Weise mit höhnischem Sarkasmus von den Schandtaten ihrer Machthaberzeit hinweglügen wollen.

Inflationsrate im Juli unter drei Prozent

Erstmals seit mehr als drei Jahren ist die jährliche Inflationsrate in Westdeutschland unter die 3-Prozent-Marke gerutscht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden mußten die privaten Haushalte im Juli 2,9 Prozent mehr für ihre Lebenshaltung bezahlen als vor Jahresfrist. Zuletzt war eine Inflationsrate von unter drei Prozent im April 1991 mit ebenfalls 2,9 Prozent gemessen worden.

Asienkonzept der Bundesregierung:

Präsenz auf den Weltmärkten sichert Zukunft des Wirtschaftsstandorts

Kaum ein anderes Land ist so stark mit der Weltwirtschaft verflochten wie Deutschland. Gut ein Fünftel unseres Bruttosozialprodukts wird im Export erwirtschaftet. Jeder fünfte Arbeitsplatz hängt von unseren Exportleistungen ab. Der Außenhandel ist die Hauptantriebskraft des beginnenden Wirtschaftsaufschwungs in Westdeutschland.

Das im Oktober 1993 verabschiedete Asienkonzept der CDU-geführten Bundesregierung ist eine gute Basis dafür, daß deutsche Unternehmen von der Entwicklung der dynamischen Volkswirtschaften im asiatisch-pazifischen Raum profitieren — die OECD prognostiziert für diese Region ein jährliches Wirtschaftswachstum von rund 7 Prozent. Das Asienkonzept setzt u. a. auf den Ausbau des Handelskammernetzes und der Wirtschaftsdienste der Botschaften und Generalkonsulate, auf zusätzliche Veranstaltungen in Form von Auslandsmessen und Konferenzen, Exportkreditversicherung, Investitionsförderung, wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit in den Bereichen Hochtechnologie, Umweltschutz, Telekommunikation, Energie- und Verkehrsinfrastruktur, wo deutsche Unternehmen traditionell eine starke Stellung auf dem Weltmarkt haben, und auf den Ausbau der Beziehungen der EU zum asiatisch-pazifischen Raum.

1960 erzeugte Asien 4 Prozent des Weltbruttosozialprodukts, heute ist es ein Viertel, im Jahr 2000 werden es voraussichtlich 35 Prozent sein. Für Deutschland wird der Asien-Pazifik-Handel immer wichtiger:

- 1993 sanken die Gesamteinfuhren der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr um 15 Prozent von rund 638 Milliarden DM auf 545 Milliarden DM. Die Gesamteinfuhren aus der Asien-Pazifik-Region blieben hingegen konstant bei rund 98 Milliarden DM.

- Die Gesamtausfuhren gingen im Jahresvergleich um 10 Prozent von 671 Milliarden auf 604 Milliarden DM zurück. In den asiatisch-pazifischen Raum konnten dagegen 17 Prozent mehr Waren exportiert werden, der Ausfuhrwert stieg von 64 Milliarden DM 1992 auf 75 Milliarden DM im vergangenen Jahr.

Nach Schätzungen des DIHT werden die deutschen Exporte in diesem Jahr um gut 5 Prozent zunehmen. Mit 12 Prozent sind die größten Steigerungsraten vom asiatisch-pazifischen Markt, der rund die Hälfte der Weltbevölkerung umfaßt, zu erwarten. Aber auch die Ausfuhren nach Nordamerika und Lateinamerika dürften um 6,5 bzw. 6 Prozent wachsen.

Die deutsche Wirtschaft muß ihre Präsenz auf den Wachstumsmärkten der Welt verstärken und ihren Handel vor allem mit diesen zukunftssträchtigen Regionen intensivieren. Der Anteil der Staaten des EWR (EU und Efta) am deutschen Außenhandel von rund zwei Drittel 1993 wird in den kommenden Jahren weiter zurückgehen. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt mit der deutschen Wirtschaft verstärkt auf Wachstumsregionen außerhalb Westeuropas. Nur wenn wir uns dem globalen Wettbewerb stellen, sichern wir den Wirtschaftsstandort Deutschland und schaffen zusätzliche Arbeitsplätze. ■

Fakten zur Sozialhilfe

Zur Diskussion über Sozialhilfe und Armut in Deutschland hat die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, die folgenden Fakten veröffentlicht:

Auf wenigen Feldern kursieren so widersprüchliche und oberflächliche Angaben wie bei den Themen Sozialhilfe und Armut. Dies fängt schon damit an, daß Sozialhilfe und Armut in der öffentlichen Diskussion gleichgesetzt werden.

Nicht jeder, der Sozialhilfe bezieht, ist auch als arm zu bezeichnen. Sozialhilfe ist vielmehr bewußt darauf angelegt, das Abgleiten in Armut so oft wie möglich zu verhindern. Sozialhilfe sichert in aller Regel nicht nur die nackte Existenz, sondern auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Sie wird oft nur vorübergehend bezogen, z. B. als Krankenhilfe oder, um die Zeit bis zur Bewilligung des Arbeitslosengeldes zu überbrücken.

Armut tritt dagegen vor allem dann auf, wenn Probleme wie Verschuldung, hohe Mietbelastung, Langzeitarbeitslosigkeit oder andere Krisenfaktoren zusammentreffen. Denn dann fühlen sich Menschen ausgegrenzt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Und dann können sie sich oft nur noch schwer aus eigener Kraft aus ihrer Situation befreien.

Das Problem sozialer Ausgrenzung darf auf keinen Fall verharmlost werden. Die Augen vor solcher Not zu verschließen, wäre kaltherzig und politisch völlig unangemessen. Genau so indiskutabel ist es aber, wenn SPD und DGB in regelmäßigen Abständen ein Horrorgemälde zeichnen, die Tatsachen verzerren und die Menschen in Deutschland glauben

machen wollen, ein großer Teil der Bevölkerung sei während unserer Regierungszeit in Armut abgedriftet.

Kinder, Jugendliche und Eltern, die Sozialhilfe benötigen, sind durch unser soziales Netz besser als in vielen anderen Staaten der Welt geschützt. Ihre Existenz ist in der Regel durch die Sozialhilfe gesichert. Gleichwohl brauchen diese Familien eine starke Solidarität der Gesellschaft, damit sie wieder Selbsthilfekräfte entfalten und aus der Sozialhilfe herausfinden können.

Vor allem brauchen die betroffenen Kinder und Familien eine positive wirtschaft-

Armut in Deutschland inmitten von Reichtum und Überfluß muß so selten wie möglich sein.

liche Entwicklung und einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Denn Arbeitslosigkeit ist die häufigste Ursache dafür, daß Familien von Sozialhilfe abhängig werden. Die Familienpolitik kann diese Ursache durch ihre finanziellen Leistungen nicht verändern. Familienpolitik kann die materiellen Probleme dieser Familien lediglich lindern.

Die Darstellung, eine Million Kinder und Jugendliche lebten in Deutschland in Armut, ist übertrieben. Wer Sozialhilfe bezieht, ist nicht zwangsläufig auch arm. Denn es ist ja gerade Aufgabe der Sozialhilfe, Armut zu vermeiden und eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Außerdem ist davon auszugehen, daß Ende 1992 fast ein Drittel der rd. 870.000

Kinder und Jugendlichen in der Sozialhilfe Familien von Asylbewerbern angehörte.

Selbstverständliche Hilfe

Von Sozialhilfe dürften etwa 600.000 bis 620.000 Kinder oder Jugendliche abhängig sein, die dauerhaft in Deutschland leben. Wegen des existenzsichernden Charakters der Sozialhilfe läßt sich — seriös betrachtet — nur ein Teil von ihnen als arm bezeichnen. Beiden Gruppen, jungen Menschen und Familien in Armut bzw. innerhalb der Sozialhilfe, muß selbstverständlich geholfen werden, beispielsweise durch Schuldnerberatung und durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Der schwierigen wirtschaftlichen Situation von Alleinerziehenden wird durch unser sehr differenziertes Sozialsystem auch heute schon in besonderer Weise Rechnung getragen. Alleinerziehende bekommen heute zusätzlich zum regulären Sozialhilferegelsatz einen Zuschlag von 40 Prozent (gegenwärtig durchschnittlich 205 DM). Auch der Regelsatz für Kinder bis zu sieben Jahren ist für Alleinerziehende höher als sonst. Außerdem erhöht sich die Sozialhilfe in den ersten beiden Lebensjahren eines Kindes sowohl bei Alleinerziehenden als auch bei anderen Familien mit Kindern um monatlich 600 DM Erziehungsgeld, das nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

1993 wurde in das Bundessozialhilfegesetz aufgenommen, daß Alleinerziehende bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen bevorzugt berücksichtigt werden sollen, da eine häufige Ursache für Sozialhilfebezug mangelnde Kinderbetreuung und damit die fehlende Möglichkeit zum Arbeiten ist.

Einem Alleinerziehenden mit einem unter 7jährigen Kind wird in den alten Bundesländern durch die Sozialhilfe pro Monat ein Bedarf von durchschnittlich 1.848 DM netto gesichert, in den neuen Bundesländern sind es durchschnittlich 1.521 DM inkl. der Miete und der Heizkosten. Bei einem Ehepaar mit zwei Kindern in den alten Bundesländern besteht durch Sozialhilfe ein abgesicherter Anspruch von 2.777 DM im Monat, in den neuen Ländern von 2.372 DM. Damit ist es nicht möglich, einen luxuriösen Lebenswandel zu führen, die Existenz ist aber abgesichert und ein menschenwürdiges Leben in aller Regel garantiert.

Kein Almosen

Wir dürfen zugleich nicht müde werden, in Not geratenen Menschen Mut zu machen, Sozialhilfe zu beantragen. Sozialhilfe ist kein Almosen. Wer diese Leistung braucht, hat einen Rechtsanspruch darauf. Armut in Deutschland inmitten von Reichtum und Überfluß muß so selten wie möglich sein.

Neuaufgabe des Frischluft-Jahresprogramms

Der Christlich demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. hat für die zweite Jahreshälfte 1994 sein Veranstaltungsprogramm neu herausgegeben. Die Broschüre mit vielen interessanten Ankündigungen von Seminaren, internationalen Jugendbegegnungen, Freizeiten und anderen attraktiven Angeboten kann angefordert werden bei: **Frischluft e. V., Annaberger Straße 283, 53175 Bonn**, Telefon (0228) 31 00 23, Fax (0228) 31 47 03.

Aktionsprogramm 1994/1995:

Kommunale Selbstverwaltung stärken

Zu den aktuellen Arbeitsschwerpunkten der Kommunalpolitik von CDU und CSU erklärte der Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Horst Waffenschmidt:

● Mit der Pflegeversicherung für mehr soziale Verantwortung vor Ort!

Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde eine bedeutsame Forderung der KPV für die betroffenen Menschen und die Städte, Gemeinden und Kreise erfüllt. Die KPV wird sich überall dafür einsetzen, daß die neuen Möglichkeiten für die Pflege im Geiste des Gesetzes umgesetzt werden, insbesondere die Chancen für die häusliche Pflege genutzt werden.

Die Pflegeversicherung ist zugleich ein großes Entlastungsprogramm für die Sozialhilfe! Das ist auch notwendig, denn die kommunalen Haushalte könnten die stark wachsenden Finanzierungslasten in diesem Bereich auf Dauer nicht alleine tragen.

Die Entlastungen für die Sozialhilfe betragen:

- ▶ ab 1995: rd. 1,1 Mrd. DM jährlich
- ▶ ab 1996: rd. 6,0 Mrd. DM jährlich
- ▶ ab 1997: rd. 10,0 bis 11 Mrd. DM jährlich.

Die Länder werden aufgefordert, ihre Verantwortung für die Vorhaltung der pflegerischen Versorgungsstruktur wahrzunehmen, wie das Gesetz zur Pflegeversicherung festlegt. Die Gestaltung des neuen Länderrechts darf jedoch nicht zu solchen Abhängigkeiten und Belastungen

in der Sozialhilfe führen, die Sinn und Ziel der Pflegeversicherung, mehr Unabhängigkeit von Sozialhilfe zu erreichen, beeinträchtigen.

In den neuen Ländern müssen die 6,4 Mrd. DM für Pflegeeinrichtungen — 8 Jahre lang je 800 Mio. DM — von Ländern und Kommunen gemeinsam schnell und effektiv für eine funktionstüchtige und menschenfreundliche Pflegeinfrastruktur eingesetzt werden.

Zugleich sichert die Pflegeversicherung in großem Umfang bestehende und neue Arbeitsplätze. Die KPV will die freien

Wahlkampf-Argumente



Träger verstärkt ermutigen, in diesem Bereich Einsatzbereitschaft zu erhalten und auszubauen.

● Solidarpaktmittel auch für die Kommunen!

Beim Solidarpakt zwischen Bund und Ländern 1993 haben die Länder gut abgeschnitten. U.a. erhielten sie einen erheblich höheren Teil an der Umsatzsteuer. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird ab 1995 um 7 Punkte auf 44 v.H. aufgestockt, das sind zusätzlich 16,5 Mrd. DM jährlich für die Länder. Dazu kommen weitere Bundeszuweisungen.

Die Bundes-KPV hat immer wieder in der Öffentlichkeit darauf hingewiesen,

daß die Länder das Geld auch für die Gemeinden bekommen. Das muß jetzt überall bei den Finanzausgleichsgesetzen in den Ländern für die Kommunen zur Geltung kommen; alle Einnahmen und Ausgaben müssen solidarisch verteilt werden. Dafür setzt sich die KPV überall mit ihren Möglichkeiten ein.

● **Besonderes gilt für die neuen Länder:**

Der Fonds Deutsche Einheit, durch den die neuen Länder pro Jahr durchschnittlich rd. 35 Mrd. DM erhielten, läuft 1994 aus. Ab 1995 werden die neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich einbezogen. Infolge der Beschlüsse zum Föderalen Konsolidierungsprogramm wurde der bundesstaatliche Finanzausgleich neu geordnet. Konkret: 1995 wird ein Transfervolumen von rd. 54,1 Mrd. DM die Finanzausstattung der neuen Länder und ihrer Gemeinden sichern. Die Leistungen in Höhe von 54,1 Mrd. DM pro Jahr fließen entsprechend der Ordnung des Grundgesetzes an die einzelnen neuen Länder. Sie werden bereitgestellt, um auch die künftige Finanzausstattung der kommunalen Haushalte in den neuen Ländern abzusichern. Jetzt kommt es darauf an, daß die Städte, Gemeinden und Kreise in den neuen Ländern rechtzeitig wissen, mit welchen Finanzmitteln sie ab 1995 jährlich rechnen können. Deshalb ist es notwendig, wenn die zuständigen Landesregierungen so rechtzeitig wie eben möglich die

Grundstrukturen ihrer Finanzausgleichsgesetze im engen Kontakt mit den Vertretern der Städte, Gemeinden und Kreise und der Kommunalen Spitzenverbände erarbeiten.

Die Gesamttransferleistungen von rd. 54,1 Mrd. DM in 1995 verteilen sich nach Vorausberechnungen wie folgt auf die einzelnen neuen Länder:

- ▶ Berlin: 8,555 Mrd. DM
- ▶ Sachsen: 14,278 Mrd. DM
- ▶ Sachsen-Anhalt: 8,905 Mrd. DM
- ▶ Thüringen: 8,196 Mrd. DM
- ▶ Brandenburg: 8,080 Mrd. DM
- ▶ Mecklenburg-Vorpommern: 6,124 Mrd. DM
- ▶ Insgesamt: 54.138 Mrd. DM.

● **Mehr finanzielle Eigenverantwortung für die Kommunen!**

Dem Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes wird folgender Satz 3 angefügt: „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“

Der Bundestag hat auf Vorschlag der Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen, die Garantie für die kommunale Selbstverwaltung in Art. 28 des Grundgesetzes zu stärken, indem die Grundlagen für die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen besonders geschützt werden. Die KPV hat sich nachdrücklich für diese Ergänzung des

Horst Waffenschmidt: *Hauptarbeitsschwerpunkt für die Kommunalpolitiker von CDU und CSU bleibt in den nächsten Wochen der Einsatz in den anstehenden Wahlkämpfen. Dies gilt insbesondere im Blick auf die Bundestagswahl am 16. Oktober 1994. Wir werden uns mit aller Kraft für einen Wahlsieg der Union mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze einsetzen. Hier sind die kommunalen Anliegen in guten Händen. Der politische Einsatz der Union für die Pflegeversicherung und ein neues Asylrecht haben dies eindrucksvoll bewiesen!*

Grundgesetzes eingesetzt! Darum wird der Bundestagsbeschluß sehr begrüßt! Die Länder werden gebeten, ihn auch im Bundesrat zu unterstützen.

Im Sinne dieser Initiative ist es nun bedeutsam, die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen in der Praxis weiter zu stärken!

Die KPV nimmt die erfolgreiche Initiative zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung im Grundgesetz zum Anlaß für erneute realistische Aktivitäten zur Stärkung der finanziellen Eigenverantwortung der Kommunen. Die anhaltenden kommunalen Sorgen und Anliegen kommen nämlich nicht nur aus der Fülle ihrer Aufgaben, sondern auch aus einem Defizit an finanzieller Eigenverantwortung.

Deshalb startet die KPV eine erneute Offensive für mehr finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen! Ziele dieser Aktivitäten sind u.a.:

- ▶ Mehr eigenverantwortlich einsetzbare Finanzmittel statt Zweckdotationen!

- ▶ Mehr direkte Beteiligung an Steuereinnahmen statt Zuschußwesen!
- ▶ Mehr Privatisierung, wo dies möglich ist, insbesondere in Versorgungs- und Entsorgungsbereichen, um die öffentliche Verwaltung zu entlasten!
- ▶ Der Gebietsreform muß überall die Zuständigkeitsreform folgen, d.h. Zuständigkeit mit Finanzverantwortung so bürgernah wie möglich.

Die KPV wird alle ihre Möglichkeiten in Bund, Ländern und Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft für diese Ziele einsetzen, denn es geht auch darum, durch mehr finanzielle Eigenverantwortung die Mitwirkung in der kommunalen Selbstverwaltung für die Bürger attraktiver zu machen. Hauptziel der Aktivitäten der Kommunalpolitiker von CDU und CSU ist die Stärkung des Standorts Deutschland und Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs, denn eine gute wirtschaftliche Entwicklung ist die beste Initiative für die kommunalen Kasernen und die sichere Grundlage, auch soziale und kulturelle Aufgaben zu finanzieren.

Buchtipp

**Norbert Potthoff:
Scientology & Wirtschaft.
Der WISE-Report.**

Unterhaltsam ist das neue Buch von Norbert Potthoff über den Wirtschaftszweig WISE (World Institute of Scientology Enterprises) von Scientology gewiß nicht. Doch wer den Autor von seinen zahlreichen Vorträgen kennt, weiß die Lebendigkeit zu schätzen, mit der er Fakten und komplizierte Zusammenhänge deutlich macht.

Die Auseinandersetzung mit der totalitären, antidemokratischen Bewegung und deren staatsfeindlichen Zielen ist aus der politischen Arbeit der Union, speziell der Jungen Union, nicht mehr wegzudenken. Das bedeutet auch die Verpflichtung, korrekte und im richtigen Zusammenhang stehende Informationen über diese neue Form organisierter Kriminalität zu verwenden und zu verbreiten. — Bestellungen an:

**Norbert Potthoff,
Nordstr. 47, 47798 Krefeld.
1 Exemplar: 14 DM; Sammelbest. ab 10 Exempl.: 10 DM.**

Politik für künftige Generationen

Vom 24. bis 30. Juli veranstaltete der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) die 18. Sommer-Universität seines europäischen Dachverbandes European Democrat Students (EDS) in Greifswald. EDS als Zusammenschluß christdemokratischer, konservativer und liberaler Studentenorganisationen repräsentiert ca. 80.000 Studenten aus derzeit 28 europäischen Ländern.

Die Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl und des schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt, selbst einmal EDS-Vorsitzender, stellte den Aufbau der jungen Demokratien Osteuropas und die Entwicklung einer europäischen Hochschullandschaft in ihr Zentrum. Der Veranstaltungsort Greifswald untersticht mit seiner Lage in der baltischen Region, seiner Nähe zu den osteuropäischen Staaten und vor allem mit den deutlich sichtbaren Zeichen des Neuaufbaus nach dem Ende eines sozialistischen Systems die thematische Schwerpunktsetzung der Sommer-Universität.

Rege Diskussionen und hochrangige Gäste

Die 200 Teilnehmer, darunter viele Studenten aus Mittel- und Osteuropa, nutzten die Gelegenheit, um in einen intensiven Erfahrungs- und Ideenaustausch zu treten. In Arbeitsgruppen wurden Themen von „Brauchen wir eine europäische Verfassung?“ bis hin zu „Ein internationales Datennetz für EDS“ diskutiert. Daneben hatten die Teilnehmer die Gelegenheit, unter dem Motto „Politik für künftige Generationen“ mit zahlreichen Gästen ins Gespräch zu kommen.

Als Gäste der Veranstaltung konnten unter anderem Ministerpräsident Berndt Seite, Kultusministerin Steffie Schnoor, Generalsekretär Peter Hintze, der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen, und der Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsra-

RCDS richtete Sommer-Universität für 200 europäische Studenten aus

tes der CDU e. V., Rüdiger von Voss, begrüßt werden. Auch Bundesforschungsminister Paul Krüger stellte sich mit einem Überraschungsbesuch der Diskussion.

RCDS erneut im EDS-Vorstand vertreten

Im Anschluß an die Sommer-Universität fand in Berlin das EDS-Jahrestreffen statt. Neben der Verabschiedung eines hochschulpolitischen Programms standen dort die Neuwahlen des Vorstandes im Mittelpunkt. Mit großem Beifall wurde Tim Arnold, Student der Geschichtswissenschaft aus Bonn, als EDS-Vorsitzender verabschiedet, unter dessen einjähriger Führung der Verband entscheidend an Größe und Durchsetzungskraft gewonnen hat. Seine Nachfolge aus deutscher Sicht tritt Christoph Menningen, Student der Betriebswirtschaft aus Trier und stv. Bundesvorsitzender des RCDS 1993, als neuer stv. EDS-Vorsitzender an.

Aus der Rede von Generalsekretär Peter Hintze über „Die Zukunft der Parteien“ am 26. Juli in der Universität Greifswald: S. 36—39.

Über die Zukunft der Parteien

Generalsekretär Peter Hintze war Gast der Konferenz der European Democratic Students (EDS). Im Rahmen ihrer Sommerakademie hielt der Generalsekretär einen Vortrag zum Thema „Policies for future generations“ in der Greifswalder Universität. Wir dokumentieren hier einen Teil seiner Rede:

Eine wichtige Rahmenbedingung für Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert sehe ich in folgender Entwicklung: Nahezu alle großen Untersuchungen zeigen, daß in den meisten westlichen Gesellschaften vergleichbare Megatrends zu verzeichnen sind; nämlich ein zunehmender Pluralismus einerseits und ein ausgeprägter Individualismus andererseits. Wir haben es zu tun mit einer, wie die Forscher sagen, Multi-Options-Gesellschaft, die zunehmend gekennzeichnet ist von dem "vagabundierenden Konsumenten", der in sich scheinbar widersprüchlich ist und sehr schwer berechenbar geworden ist.

Der Lebensstil der Menschen ist geprägt durch eine neue Vielfältigkeit. Neben dem extrem ansteigenden Stellenwert der Freizeit sehen wir trendhaft die ständige Verlagerung der Interessen. Das echte Interesse an öffentlichen und sozialen Anliegen geht ganz klar zurück. Engagement wird, weil es weniger anstrengt, durch Verbalismen kompensiert. Autorität und Institutionen zerfallen. Die Jungen akzeptieren die Autorität gesellschaftlicher Institutionen immer weniger.

Junge Leute glauben zwar noch an die bewegenden Kräfte der Kreativität und der Persönlichkeit, aber kaum noch, daß hierarchische Organisationsformen etwas bewegen können. Junge Menschen, dies belegen die Studien, binden sich immer weniger gerne an Institutionen, denen sie ein Leben lang dienen sollen. Der Einzelne hält sich möglichst viele Optionen frei. Er möchte sich nicht gerne festlegen und wechselt gerne, dem Zeitgeist gemäß, die Fronten.

Im Politischen schlägt sich dieser Megatrend in zwei Gruppen nieder, die im Wachsen begriffen sind: den Nichtwählern und den Wechselwählern. Die Nicht-

Peter Hintze: Wir müssen beweglich bleiben und unsere Offenheit für Neues bewahren.

wähler sind Ausdruck einer Haltung, die von festen Bindungen Abstand nimmt. Dies sollte man nicht unterschätzen. So zeigte sich zum Beispiel in Deutschland bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl eine Wahlbeteiligung von nur 77,8 Prozent. Dies war die niedrigste Beteiligung seit 1949.

Ähnlich wie die Zahl der Nichtwähler stieg auch die Zahl der Wechselwähler. Die Flexibilisierung des Wahlverhaltens korrespondiert wiederum mit den Eigenschaften des Bürgers und dessen Motto „change, then change again“.

Für die Politik bedeutet dies dreierlei: Ihre Kommunikation muß sich auf dieses „fluktuierende Subjekt“ einrichten; ihre

Programmatik muß so beschaffen sein, daß sie der Vielfalt der Meinungen und Orientierungen entgegenkommt; und schließlich müssen die Organisationsstrukturen der Parteien dem Multi-Options-Menschen Einstiegsmöglichkeiten auf allen Ebenen anbieten können.

★ ★ ★

Was der Bürger von den Parteien erwartet, ist schlicht und ergreifend eines: Problemlösungen. Der Bürger möchte, daß so schnell wie möglich die negativen Folgen menschlichen Handelns durch die Politik beseitigt werden. Überdies möchte er gewisse Orientierungen vorgegeben und Visionen vermittelt haben. Allerdings, auch dies zeigen die jüngsten Studien, sieht er in den Parteien schon lange nicht mehr die großen Wertgebungsinstanzen.

Das erste Problem, das sich für die Parteien auftut, ist ein politischer Spagat besonderer Art: Der Bürger verlangt einerseits, daß die Parteien die globalen Probleme, angefangen von der Ökologie bis hin zum Weltfrieden, lösen. Andererseits sollen sie sich um die kleinen Probleme vor Ort, die Umgehungsstraße und den örtlichen Kindergarten, kümmern. Der Politiker von morgen muß demnach einer sein, der ganz Staatsmann mit internationalen Qualitäten ist, zugleich aber ein aufmerksamer Bürger vor Ort, der die Probleme der „kleinen Leute“ kennt.

Auf den Punkt bringen

Hinzu kommt, daß innerhalb der Parteien sehr unterschiedliche Gruppeninteressen existieren werden. Parallel zur Aufspaltung unserer Gesellschaften in Alte und Junge, Kinderreiche und Kinderlose, Arbeitnehmer und Arbeitslose etc. wird sich auch innerhalb der Parteien ein Auseinandergehen der Erwartungen und Interessen vollziehen. Wollen sich die Parteien nicht zu politischen Beliebig-

keitsunternehmen entwickeln, deren Programmatiken austauschbar sind, müssen sie in weit höherem Maße als heute die programmatischen und politischen Gemeinsamkeiten ihrer Klientel auf den Punkt bringen.

Hiermit komme ich zum zweiten Problem der Parteien. Die Mediatisierung unserer Gesellschaften produziert eine große Menge an Informationen, die für jedermann zugänglich sind. Sie hat gleichzeitig dazu geführt, daß Informationen in immer kleineren Häppchen übermittelt werden. Dies gilt besonders für die Massenmedien Fernsehen und Rundfunk, die einen unzweifelhaften Drang zur Trivialisierung haben. Außerdem neigen sie dazu, jegliche Informationen in Entertainment-Häppchen zu verwandeln. Dabei bleiben die großen Zusammenhänge und die Komplexität der Probleme auf der Strecke.

Zunehmende Komplexität

Es scheinen sich immer mehr diejenigen durchzusetzen, die verkürzte oder banale Botschaften übermitteln. Derjenige, der versucht, komplexe Zusammenhänge ausführlich darzustellen, fällt in das mediale Loch des Nichtvermittelbaren. Auch hier stehen Politiker vor einem besonderen Dilemma. Einerseits werden die politischen und technologischen Entwicklungen immer komplexer. Andererseits verlangt die Mediengesellschaft nach immer kürzeren und schlichteren Erklärungen der Wirklichkeit.

Die zunehmende Komplexität der Entwicklungen wird schließlich zu einer ansteigenden Zahl von Experten und Beratern in der Politik führen. Der einzelne Politiker, will er über die wichtigsten Themen gut und umfassend informiert sein, wird immer stärker auf Fachleute angewiesen sein, die wiederum auf

einzelne Politikfelder spezialisiert sind. So wird in Deutschland und in anderen Ländern das zum Einsatz gelangen, was in den Vereinigten Staaten bereits eine Selbstverständlichkeit ist: Das professionelle Politik-Consulting.

Meines Erachtens sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir über die tagespolitischen Fragen hinaus über langfristige Programmstrategien und Organisationsveränderungen in den demokratischen Parteien nachdenken müssen. Bei einer langfristigen Betrachtung müssen die Parteien zunächst einmal die schlichte, aber treffende Kernfrage beantworten: Wofür sind wir unersetzbar? Die Frage „Wofür sind wir unersetzbar?“ halte ich deswegen für so wichtig, weil sie uns davon abhalten kann, falschen Ausdehnungstendenzen nachzugeben und dem Kern des Existenzrechtes der Parteien nachzugehen. Wir haben bei anderen Institutionen, zum Beispiel bei den Gewerkschaften, erkennen müssen, daß eine ungehemmte Ausdehnung ihrer Aufgabenbereiche sie im Innern nicht gestärkt, sondern geschwächt hat. Gleiches gilt für die Parteien. Sie müssen sich davor hüten, Dienstleistungsunternehmen zu werden, die mit anderen professionellen Dienstleistungsgebern auf allen möglichen Feldern konkurrieren müssen.

Politische Willensbildung

Vielmehr ist es wichtig, daß sie sich auf den Kernbereich ihrer Aufgaben besinnen, auf den Bereich nämlich, der ausschließlich von ihnen wahrgenommen werden kann. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es hierzu: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Diesem Auftrag, so schlicht er auch gefaßt sein mag, sollten sie unbeirrt nachkommen. Sie sollten dabei allen Versuchen widerstehen, ihre Kompetenzen auszu-

weiten und damit ihren Auftrag zu überdehnen. Wenn sie dieser Regel folgen, werden sie auch in Zukunft eine zentrale Rolle in unseren Demokratien spielen können.

Zusammenfassend kann man für die Parteien eine optimistische Prognose abgeben. Auf die fundamentale Frage, warum man den Parteien eine hohe Lebenserwartung zusprechen kann, gibt es eine ebenso fundamentale Antwort: Zu den demokratischen Parteien gibt es in einer freiheitlichen Demokratie keine Alternative.

Meinungen bündeln

Im Zeitalter der „Einen Welt“ brauchen unsere Gesellschaften Institutionen, welche die Komplexität unserer modernen Welt verstehen und deren politische und geistige Auswirkungen für das Zusammenleben der Menschen begreifen und mitgestalten.

Wir brauchen die Parteien zweitens zur Prioritätensetzung von globalen und regionalen Themenstellungen. Die politische Dimension dieser Aufgabe besteht nicht nur in der Beschreibung der richtigen Rangfolge, sondern auch in der Vermittlung von Kurzzeit- und Langzeitperspektiven und in der Unterscheidung von unmittelbar zu behandelnden und weniger dringlichen Aufgaben des Gemeinwessens.

Schließlich sind die modernen Gesellschaften auf die Integrationskraft der demokratischen Parteien angewiesen. Gerade Gesellschaften, die sich bestimmten Werten und Traditionen verpflichtet wissen, brauchen Institutionen, welche die divergierenden Interessen und Meinungen in einer offenen Gesellschaft zusammenbinden und darüber hinaus einen aktiven Beitrag zur Erhaltung der

„Die Visionen des Kanzlers tragen Früchte“

Steve Crawshaw, Deutschland-Korrespondent der Londoner Tageszeitung „The Independent“; hat bei seiner jüngsten Reportagereise durch die neuen Bundesländer entdeckt: Die Landschaften in Ostdeutschland beginnen zu blühen.

In einer ganzseitigen Reportage berichtete Crawshaw über seine Reise nach Erfurt, Magdeburg und Berlin. „Hunderte von halbverschalteten Baustellen werden im Stadtkern von Erfurt sichtbar — und dazwischen lugt hier und dort schon die makellose Fassade restaurierter Häuser heraus.“

Jedes Jahr 100 Milliarden Mark

Der Leser erfährt, daß die Bürger der alten Bundesländer seit der Wiedervereinigung in jedem Jahr mehr als 100 Milliarden Mark in die Ex-DDR fließen ließen. Gleichzeitig betont der Reporter: „Aber die einheimischen

Geschäftsleute brauchen die Tropfinfusion schon gar nicht mehr.“

Mehr als erstaunlich

Christiane Brennecke (25), die Gartenbauarchitektin werden wollte, jetzt aber als Kellnerin arbeitet, trauert der DDR nicht nach. Sie verriet dem Briten:

„Was hier in Erfurt erreicht wurde, ist mehr als erstaunlich. Die Leute müssen aber noch einsehen, daß es nur langsam vorwärtsgehen kann, egal, welche Partei sie wählen.“ Der Koch Reinhard Feuer (38) glaubt ebenfalls, daß alles besser geworden ist. Gleichzeitig bedauert er jedoch, daß sich so viele Bürger der ehemaligen DDR von den Politikern betrogen fühlen.

Steve Crawshaw faßt zusammen: „Die positiven Veränderungen sind viel dramatischer, als es noch vor einigen Jahren möglich schien. Die Visionen des Kanzlers tragen Früchte.“ **Die Welt**

unersetzbaren Wertgrundlagen einer Demokratie liefern.

Der Auftrag der Parteien

In den vergangenen vier Jahrzehnten hat sich in Deutschland gezeigt, daß die Parteien zu den unersetzbaren Ligaturen einer Demokratie gehören. Wie keine andere Institution verstehen sie es, auf den geistigen Kern unserer freiheitlichen Staatsform hinzuweisen. Nicht also die größere Zeitgeistnähe unterscheidet die Parteien von anderen Institutionen, sondern in erster Linie ihr originär politischer Auftrag, die politische Willensbildung zu prägen und darüber die Grundwerte und Tugenden der Verfassung zu

wahren, zu aktualisieren und sie angesichts aktueller Strömungen weiterzuentwickeln.

Insgesamt existiert ein enormer Veränderungsbedarf auf allen Ebenen und in allen Staaten. Ich bin zuversichtlich, daß uns die Lösung der großen Probleme der Welt gelingen wird. Dafür aber kommt es vor allem darauf an, daß wir die Tragweite der langfristigen Probleme erkennen und unsere Politik entsprechend darauf einstellen. Dafür müssen wir beweglich bleiben und unsere Offenheit für Neues bewahren, damit wir nicht zu Dinosauriern werden, die letztlich trotz ihrer körperlichen Robustheit ein Opfer veränderter Lebensumstände geworden sind.

JU-Fachtagung: Landwirtschaft hat Zukunft

Einen Blick hinter die Kulissen und Betriebsabläufe eines Gutshofes haben 250 Führungskräfte der Jungen Union auf der inzwischen siebten agrarpolitischen Fachtagung des CDU-Nachwuchses auf dem Gut Böckelühr in Schwerte-Ergste genommen.

Auf Einladung von JU-Bundesvorstandsmitglied Heinrich Böckelühr informierten sich die Jungpolitiker über die aktuelle Entwicklung in der deutschen Landwirtschaft. Die JU-Mitglieder, die aus allen Teilen Deutschlands zum höchsten Punkt des Kreises Unna gereist waren, betonten, daß die deutsche Landwirtschaft Zukunft habe und auch genügend Chancen für junge Landwirte bieten würde.

Dabei müsse aber sichergestellt werden, daß sich eine leistungsfähige, vielfältig strukturierte und umweltverträgliche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft im europäischen Wettbewerb behaupten könne. Erfolgreiche Landschaftspflege und zukunftsorien-

tierter Umweltschutz könne aber nur mit und nicht gegen die Land- und Forstwirtschaft erreicht werden.

Die Junge Union setzt sich nach den Worten von Heinrich Böckelühr dafür ein, daß die Landwirte verstärkt Dienstleistungsaufgaben im Natur- und Umweltschutz und in der Landschaftspflege übernehmen.

Defizite schnell abbauen

Breiten Raum nahm auch die Diskussion mit Vertretern aus den neuen Bundesländern ein, die eindrucksvoll den Strukturwandel in der Landwirtschaft — weg von den großen Produktionsgenossenschaften und hin zu geordneten Unternehmensformen — schilderten.

„Die in den neuen Bundesländern noch bestehenden Defizite müssen schnell abgebaut werden. Eine attraktive moderne Regionalplanung wirkt sich auch positiv auf die landwirtschaftlichen Betriebe aus und bietet vielfältige Möglichkeiten zur Verbesserung der Strukturen im ländlichen Raum“, ist Heinrich Böckelühr sicher.

Rückenwind für junge Familien

„Rückenwind für junge Familien“ heißt der neueste Leitfaden der Jungen Union Deutschlands. Darin sind die Forderungen der JU für junge Familien zusammengefaßt. Gleichzeitig wirbt der Leitfaden dafür, vor Ort durch konkrete Aktionen für eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft zu werben und selbst dafür aktiv zu werden. Von der Frage „ÖPNV — familienfreundlich?“ bis zum Kinderparteitag wurden bemerkenswerte Aktionen auf-

genommen, die zum Nachmachen anregen.

Der Leitfaden kann zum Preis von 10 DM je 5 Exemplaren (gegen Einzugsermächtigung oder Verrechnungsscheck) bei der JU-Bundesgeschäftsstelle, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, Telefon (02 28) 31 00 11, Fax: (02 28) 38 45 20 angefordert werden.

Für Sachsen – klare Verhältnisse

Sowohl der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende, Kurt Biedenkopf, als auch sein erster Stellvertreter, Fritz Hähle, waren sich mit den Delegierten einig: Die CDU strebt in Sachsen eine klare Mehrheit an. „Für Sachsen – klare Verhältnisse“, so lautete die Botschaft.

Die Delegierten verabschiedeten in der Dresdner Erklärung der Sächsischen Union ein Thesenpapier für den Wahlkampf 1994 unter den Slogans

„Für Sachsen“

- eine starke und umweltverträgliche Wirtschaft für mehr Arbeitskräfte,
- eine menschlichere Politik für soziale Sicherheit,
- eine handlungsfähige Polizei für den Schutz vor Verbrechen,
- eine klare Mehrheit für klare Verhältnisse,
- eine erfahrene Regierungsmannschaft für den Wiederaufbau Sachsens.

Kurt Biedenkopf erntete für seine mehr als einstündige Rede stehende Ovationen. Biedenkopf zog eine positive Bilanz der vergangenen vier Jahre. Er würdigte die Aufbauleistung der Menschen im Lande. „Die Sachsen haben in den vergangenen vier Jahren Hervorragendes geleistet. Sie haben die Schwierigkeiten der Umstellung auf ein völlig neues Wirtschafts- und Rechtssystem nicht nur ertragen, sondern aktiv mitgestaltet und im wesentlichen gemeistert.“

Die klare Mehrheit der Sächsischen Union mit einem klaren politischen Auftrag hat sich positiv für die Entwicklung des Landes ausgewirkt.

Harte Kritik richtete Biedenkopf an die Adresse der SPD, die in ihrer jüngst in

Dresden verabschiedeten Erklärung behauptete, die Bundesregierung habe „die Menschen in Ostdeutschland jahrelang mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Problemen allein gelassen“.

Vielmehr strich Biedenkopf deutlich heraus, daß die enormen Erfolge ohne die Hilfe der westdeutschen Bevölkerung und ohne die Unterstützung der Bundesregierung nicht möglich gewesen wären.

Der „skandalöse ideologische Eiertanz“, wie Innenminister Heinz Eggert den Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei PDS beschreibt, stellt den Wähler in Sachsen vor die Alternative: Abso-

Landesparteitag der Sächsischen Union am 13. August in Dresden

lute Mehrheit der CDU oder Verhältnisse wie in Sachsen-Anhalt. Ein rot-grünes Bündnis unter stiller Teilhaberschaft der PDS hole, so Eggert, „die SED/PDS durch die Hintertür in das Haus der Demokratie wieder hinein“.

Generalsekretär Fritz Hähle warf der SPD vor, keine klare Abgrenzung zur PDS mehr zu finden, die ihrerseits die Probleme in Deutschland zu verschärfen suche. Mit Rückblick auf das historische Datum 13. August, dem Beginn des Mauerbaues an der innerdeutschen Grenze 1961, weist er mit Nachdruck alle die Kräfte in die Schranken, die bestrebt sind, die Mauer in den Köpfen der Menschen wieder aufzurichten.

Stabilität sei, so Hähle, das Erfolgsrezept der CDU in Sachsen. „Ein stabiles Sachsen für eine gute Zukunft seiner Bürger“, das ist das Angebot der Sächsischen Union an den Wähler. ■

Die wichtigsten Aufgaben für die deutsche Ratspräsidentschaft

Der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, erklärte in der Debatte über die deutsche Ratspräsidentschaft vor dem Plenum des Europäischen Parlaments Ende Juli in Straßburg:

Wir die Christdemokraten im Europäischen Parlament, haben eine Vision von der Zukunft der Europäischen Union. Wir wollen eine Europäische Union, die handlungsfähig ist. Wir wollen eine Europäische Union, die den demokratischen und parlamentarischen Prinzipien verpflichtet ist und die auf der Grundlage bundesstaatlicher Ordnung bürgernah für die Menschen auf unserem Kontinent und in der Welt handelt.

Meine Fraktion möchte insbesondere Bundeskanzler Helmut Kohl ein Wort des Dankes dafür sagen, daß er nach der Wiedererlangung der Einheit Deutschlands ein gutes Beispiel dafür ist, daß guter Patriotismus und das Bekenntnis zu Europa und die Arbeit am europäischen Einigungswerk keine Gegensätze sind,

sondern sich positiv ergänzen und daß wir dem Nationalismus in Europa keine Chancen geben.

Pöttering erinnerte an das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und sagte, die Botenschaft dieses Tages sei auch, „daß wir der Zukunft der Freiheit, der Demokratie der Menschenrechte und auch der Einheit unseres Kontinents besonders verpflichtet sind“.

Als wichtigste Aufgaben für die deutsche Ratspräsidentschaft in der EU nannte Pöttering im einzelnen: die Einsetzung der neuen EU-Kommission unter erstmaliger Anwendung der Bestimmungen des Maastrichter Vertrages, die Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern Mittel- und Osteuropas, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Stärkung der Inneren Sicherheit. Bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996 müsse ein Rückfall in die bloße Zusammenarbeit zwischen den Regierungen im Bereich der Inneren Sicherheit verhindert und sollten die Gemeinschaftskriterien gestärkt werden.

Brüssel fördert neue Bundesländer mit 13 Milliarden

Die Europäische Kommission hat insgesamt 6,79 Milliarden ECU (13 Mrd. DM) für die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern gebilligt.

Die Gelder für Programme bis 1999 stammen aus den Strukturfonds der Union. Sie sollen nach Angaben der Kommission zur Investition in die Infrastruktur, zur Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe, zur Förde-

rung von Forschung, Technologie und Innovation sowie dem Umweltschutz dienen.

Weitere Programme geplant

Ein Teil der Mittel ist für die Vermarktung und Verarbeitung von Agrarprodukten im Berliner Umland vorgesehen. Die Kommission plant weitere länderbezogene Programme für die neuen Länder in den Bereichen ländlicher Entwicklung und Ausbildung.

Unser Land ist ihm zu großem Dank verpflichtet

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zum Tode von NATO-Generalsekretär Manfred Wörner:

Der Tod von Manfred Wörner berührt mich mit großer Betroffenheit und Trauer. Mein herzliches Mitgefühl gilt seiner Frau. Mit Manfred Wörner verliert die Bundesrepublik Deutschland einen ihrer herausragenden Politiker.

Demokrat aus Überzeugung

Manfred Wörner war Demokrat aus Überzeugung. Er stand für die Freiheit unseres Landes in der Wertegemeinschaft der freien Völker. Seine Kraft und seine Neigung widmete er insbesondere der Bundeswehr. Als Parlamentarier und als Bundesminister der Verteidigung erwarb er sich große Verdienste um den Auf- und Ausbau unserer Streitkräfte und um ihre Integration in die westliche Verteidigungsgemeinschaft. Dazu gehört insbesondere die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses.

Manfred Wörner hat als Generalsekretär der NATO in schwierigen Zeiten gedient. Er war ein Verfechter der Standhaftigkeit des Westens in der Zeit des Kalten Krieges; ebenso war er nach den Umbrüchen seit 1989 zu Verständigung und Zusammenarbeit bereit.

Manfred Wörner hat nicht zuletzt tatkräftig und verantwortungsbewußt mitgewirkt, daß die NATO in veränderten Umständen ihren neuen Aufgaben gerecht werden kann.



Für den Patrioten Manfred Wörner war die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Frieden und Freiheit die Erfüllung eines Traumes.

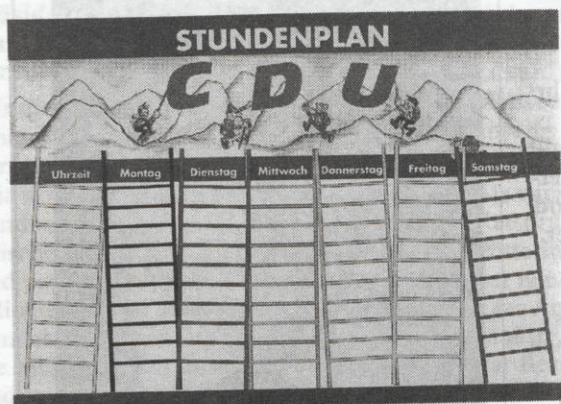
Es war ein Glücksfall für unser Land, daß Manfred Wörner gerade in dieser Zeit NATO-Generalsekretär war.

Um das Vaterland verdient

Ich selbst verliere einen politischen Weggenossen über viele Jahre und einen guten Freund.

Unser Land und die Bundeswehr sind Manfred Wörner zu großem Dank verpflichtet. Er hat sich um das Vaterland verdient gemacht.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN



Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Versmold, Bestell-Nr. 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

Bestellungen an:

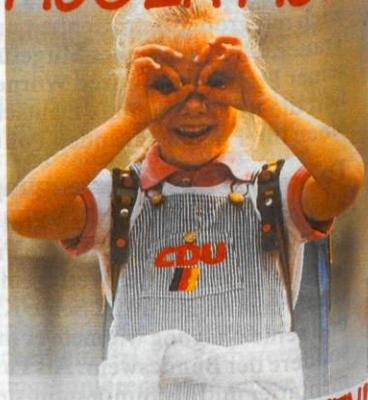
IS-Versandzentrum

Postfach 1164, 33759 Versmold

Fax (05423) 5469, 41521 und 42820

Preise zuzüglich MwSt., inklusive Versand

AUGEN AUF!



SCHULE HAT BEGONNEN!

Bestellen Sie rechtzeitig unser Poster (DIN A1) mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum erstmaligen Schulweg gehen. — Bestell-Nr.: 7441, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 36,— DM.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Proffittich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 37010050), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504.
Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** vva Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

UiD

26/1994